Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 454 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Montag, 15. September

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Die Besprechungen zwischen dem dänischen Generalstäbler Lütken und dem Grafen Moltke hatten dänischen Blättern zufolge das Ergebnis, die Neutralität Dänemarks unter allen Umständen zu wahren.

* Der französische Minister Loucheur erklärte ganz offen, daß Frankreich hoffe, die Bewohner des Saargebiets für den Anschluß an Frankreich zu gewinnen.

* Die kanadische Regierung hat den Friedensvertrag ratifiziert.

* Die Rumänen und Griechen haben gegen den bulgarischen Friedensvertrag Einspruch erhoben.

* England steht nach dem „Daily Chronicle" der Trennung Oesterreichs von Deutschland nicht sympathisch gegenüber.

* d'Annuncio hat Fiume besetzt.

Die Raubabsicht auf das Saargebiet

Genf, 14. September.

In der Verhandlung der französischen Deputiertenkammer über den Friedensvertrag mit Deutschland ging Minister Loucheur besonders auf die Kohlenversorgung Frankreichs ein und stellte im Zusammenhang damit die Mittel für schleunigste Verbesserung des Transportwesens auf. Der Minister äußerte sich dabei über die französischen Pläne in bezug auf das Saargebiet nach den bisher vorliegenden Berichten der Lyoner Zeitungen wie folgt: Was die Kohlenfrage anbelangt, so sind unsere Bergwerke in einem bejammernswerten Zustande. Lloyd George hat uns deshalb in anerkennenswerter Weise während der Friedensverhandlungen unterstützt, so daß wir durchgesetzt haben, daß uns Deutschland zunächst während 5 Jahren, d. h. während der Periode der Wiederherstellungen, 20 Millionen Tonnen liefern muß und 8 Millionen während der weiteren 5 Jahre. Ich hoffe während des Zeitraumes von 5 Jahren unsere eigenen Bergwerke wieder instand gesetzt zu haben, aber es genügt nicht diese materielle Wiederherstellung, wie bedürfen einer moralischen Genugtuung, und es ist deshalb ausdrücklich in dem Friedensvertrag eingetragen worden, daß wir deshalb den vollständigen Besitz des Saargebietes erhalten. Deutschland hat ohne Zweifel das Recht, nach 15 Jahren das Saargebiet zurückzufordern, aber die Reparationskommission hat ihrerseits ein hypothekarisches Recht auf ganz Deutschland. Man darf nicht vergessen, daß Deutschland immer die Politik verfolgt hat, die Produktion des Saargebietes zum Vorteil der Bergwerke herabzusetzen, deshalb besteht die Absicht, den Ertrag der Saarminen zu erhöhen. Mit einer guten Politik werden wir auch die Einwohner des Saargebietes dazu bringen, daß sie nach Ablauf von 15 Jahren bei uns verbleiben. Die Regierung wird einen Gesetzentwurf einbringen über die Ausbeutung der Bergwerke unter einem besonderen staatlichen Betriebsamt. Wir mußten auch daran denken, welche Kohlenzufuhr uns Deutschland vor dem Kriege lieferte, und deshalb haben wir für die Zeit von 10 Jahren noch 7 Tonnen in den Friedensvertrag eintragen lassen.

*

Lansing gegen den Völkerbundsvertrag

Haag, 14. September.

Aus Washington wird gemeldet: In der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat Bullitt, der seinerzeit im Auftrage Wilsons nach Moskau reiste, verschiedene Mitteilungen gemacht. Er sagte, daß Lansing im Mai in Paris erklärte, daß, wenn der amerikanische Senat und das amerikanische Volk wüßten, was das Abkommen tatsächlich enthalte, sie es entschieden ablehnen würden. Er fügte hinzu, daß Lansing an dem Tage, an dem die Deutschen das Friedensabkommen unterzeichneten, nach weiter gesagt habe, er hätte gegen den Teil der Völkerbundverfassung, der nach der so schlechten Regelung der Schantungfrage Amerika Mandate erteilt, nach verschiedene Einwendungen zu machen. Der Völkerbund hätte gar keinen Nutzen, solange die Ententeländer die Probleme so lösen könnten, wie es ihnen am besten passe, nur England und Frankreich hätten tatsächlich erreicht, was sie wünschten. Wie Bullitt weiter mitteilte, opponierten außer Lansing auch White und Bliß heftig gegen das Friedensabkommen. Sie waren sämtlich keineswegs davon begeistert. Bullitt erklärte, es wäre in Paris durchaus kein Geheimnis, daß manche Paragraphen des Friedensabkommens gegen den Wunsch der Amerikaner durchgedrückt worden seien.

*

Der Streich gegen Fiume

Lugano, 14. September.

Die Nachricht von einem neuen Unternehmen d'Annunzios hat in ganz Italien eine außerordentliche Erregung, gemischt mit schwerer Besorgnis für die Folgen, verursacht. d'Annunzio ist an der Spitze eines von ihm organisierten Freiwilligenkorps am Freitag in Fiume eingezogen mit Maschinengewehren und Panzerautos. Wie „Corriere della Sera" mitteilt, erklärte Nitti dem sozialistischen Abgeordneten Marangoni, welcher sofort eine Anfrage an die Regierung richtete, in äußerster Erregung: Italien steht am Vorabend der Hungersnot, und auf diese Weise will man dieselbe noch beschleunigen. Sehr ernste Besorgnisse bestehen wegen des Verhaltens der italienischen Truppen in Fiume. Bisher fehlen Nachrichten darüber, in Fiume stehen noch eine italienische Infanteriebrigade, eine Schwadron Kavallerie und einige Spezialtruppen unter dem Kommando Generals Pittaluga. Dieser sollte das Platzkommando an den englischen General abtreten. D'Annunzio hat sich in Ronchi an der Isonzomündung nach einem Platz in der Nähe von Fiume eingeschifft, wo seine Freiwilligen, anscheinend 1000 Mann zu Fuß, über den Karst eingetroffen sind. Man sagt, daß es zumeist Grenadiere seien, welche vor kurzem Fiume verlassen mußten. Eine weit größere Zahl Freiwilliger werde unmittelbar folgen.

Bern, 14. September.

Die Expedition d'Annunzios scheint von langer Hand vorbereitet und gut finanziert zu sein. In allen größeren Städten bestanden Werbebüros. Die letzten italienischen Besatzungstruppen in Fiume haben sich der Expedition angeschlossen, die über Panzerautomobile, Maschinengewehre und Artillerie verfügt. Gleichzeitig traf der italienische Panzerkreuzer „San Marco" in Fiume ein. Die Regierung soll von dem Unternehmen höchst überrascht sein. Die Presse verurteilt vorerst die Expedition. Jedoch erwartet man Volkskundgebungen, wie sie bereits in Venedig und Triest begonnen haben.

England gegen die Trennung Oesterreichs von Deuschland

Rotterdam, 14. September.

Auch die Lloyd George nahestehende „Daily Chronicle" erklärt in einem ausführlichen Leitartikel, daß die in Paris verfolgte Politik der Trennung Oesterreichs von Deutschland in England nicht sympathisch sei. Es sei eine rein französische Politik. Auf dem Papier bedeute sie eine Verminderung der deutschen Nation. Man müsse die Haltbarkeit einer solchen papiernen Garantie aber bezweifeln. Man dürfe keinen Schritt nach rückwärts machen.

Der oberste Wirtschaftsrat

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Versailles, 14. September.

Nach Brüsseler Telegrammen des „Temps" wird der oberste Wirtschaftsrat der alliierten Großmächte und Belgien vom 15. bis 20. September in Brüssel abhalten.

*

Ratifizierung durch Kanada

Haag, 14. September.

Aus Ottawa wird gemeldet: Das kanadische Unterhaus hat das Friedensabkommen mit Deutschland ohne Abstimmung genehmigt.

*

Rücktritt Bratianus?

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Wien, 14. September.

Der „Neue Wiener Tag" meldet: Wie aus rumänischen Kreisen verlautet, ist ein Rücktritt Bratianus für die Dauer der nächsten Wahlkampagne ziemlich wahrscheinlich. Bratianu hat nicht im Sinn, das ganze Maß seines Einflusses bei der bevorstehenden Entwicklung der inneren Verhältnisse in die Wagschale zu werfen. Als Nachfolger für diese Zwischenzeit wird der Präsident des Kassationshofes Manolesko Raminciano genannt.

*

Die amerikanische Flotte im Pacific

Amsterdam, 14. September.

Einer Meldung der „Associated Preß" aus Tokio zufolge warte Japan die endgültigen Beschlüsse des Senates der Vereinigten Staaten ab. Die japanische Regierung sei geneigt, die Anwesenheit der halben Flotte der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean mit der Lage in Schantung in Zusammenhang zu bringen.

Amerikanische Truppen für Schlesien

Aus dem Haag wird gedrahtet, daß bereits seit acht Tagen ein amerikanisches Truppenkontingent von 3000 Mann nach Danzig unterwegs ist. Das Kontingent ist als Besatzungstruppe für Oberschlesien bestimmt.

*

Kattowitz, 14. September.

Das Bandenunwesen dauert an der oberschlesischen Grenze an. Besonders der Kreis Pleß ist hiervon betroffen. So wurde am 11. September das Dorf Guhrau von einer starken polnischen Bande überfallen. Der fürstlich-pleßische Rittergutspächter Krainzek wurde in seinem Wohnhause beraubt und dann mit einem Ochsenwagen nach Polen verschleppt. Dasselbe Schicksal erlitten der Zollbeamte Klonka und die Familie des Gastwirtes Lippner. Im Schulhause hausten die Banditen in schlimmster Weise. Vom Vorwerk des Dominiums Guhrau wurden 25 Pferde und 6 Ochsen geraubt. Ein Angriff auf ein Munitionsdepot in Kattowitz scheiterte an der Wachsamkeit des Grenzschutzes.

Die Erweiterung der Selbständigkeit der preußischen Provinzen

Von Dr. Karl B. Ritter,
Mitglied der preußischen Landesversammlung.

Der preußischen Landesversammlung liegt der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände vor, und sie wird sich damit voraussichtlich in den ersten Tagen der kommenden Sitzungsperiode beschäftigen. Die Regierung hatte gewünscht, daß der Entwurf noch im Sommer vor dem Auseinandergehen der Volksvertretung zum Gesetz erhoben würde. Sie betonte deshalb in der Zuschrift die große Dringlichkeit der Vorlage, was einigermaßen im Widerspruch steht zu der dem Gesetz beigegebenen Begründung, in der versichert wird: „Nicht deswegen, weil Oberschlesien gefährdet ist, nicht in Rücksicht auf die Loslösungsgefahr im Westen, sondern im Verfolg einer für alle Stämme und Landesteile gleichmäßig geltenden Erkenntnis wird der Gesetzesvorschlag gemacht." Man braucht dieser Versicherung nicht allzu viel Glauben zu schenken. Selbstverständlich liegt die Bedeutung des Entwurfs in der Absicht, den Abtrennungsbestrebungen preußischer Landesteile entgegenzuwirken. Wenn auch durch die Beschlüsse der Nationalversammlung in Weimar die Frage der Verselbständigung von solchen Teilen auf zwei Jahre vertagt ist, so ist damit natürlich die Weiterwirkung von Loslösungsbestrebungen in der Bevölkerung keineswegs zum Stillstand gebracht, so daß die Frage einer Stärkung des staatlichen Zusammenhalts in Preußen höchst bedeutungsvoll bleibt.

Wird nun aber, das ist die ernste Frage des angestrebten Ziels, die Festigung des preußischen Staates auf dem Wege des Gesetzentwurfs erreicht werden? Wird nicht vielmehr im Gegenteil damit der erste Schritt getan zur Auflösung Preußens? Es ist sehr beachtenswert, was die „Frankfurter Zeitung" bereits am 13. Juli darüber geschrieben hat: „Der jetzt vorgeschlagene Schritt wird noch keine Autonomie sein, aber er bedeutet den ersten Schritt dazu." Und die „Frankf. Ztg." begrüßt das einigermaßen, denn die autonome Provinz wird nach ihrer Ansicht dann keine preußische Provinz mehr sein, sondern Reichsprovinz werden. Freilich erscheint ihr das Unternehmen reichlich kühn, angesichts der drohenden Auflösung aller staatlichen Ordnung den Zusammenhalt des Staates zu lockern, immerhin, das Ziel, der Einheitsstaat, ist zu billigen.

Es entbehrt nicht des Humors, zu bemerken, wie hier ein Gesetzentwurf als Etappe auf dem Wege zum Einheitsstaat gewürdigt wird, der nach Ansicht des Ministeriums dem „berechtigten Selbsterhaltungswillen des preußischen Staates" entsprungen ist. Dieser Widerspruch ist nur erklärlich aus mangelhafter Einsicht in das Wesen des preußischen Staates.

Zunächst einmal sei klar herausgesagt: Auch wir halten den deutschen Einheitsstaat für das große Ziel der deutschen Geschichte. Aber wir halten im Gegensatz zur „Frankfurter Zeitung" und zur Demokratie aller Richtungen Preußen nicht für ein Hindernis auf dem Wege zu diesem Ziel, sondern für den einzig gangbaren, den unentbehrlichen Weg selbst. Ohne Preußen keine deutsche Einheit. Preußen der große Erzieher zur deutschen Einheit. Die Absicht der Regierung wird voll und ganz gebilligt, der im Entwurf eingeschlagene Weg muß jedoch als „erster Schritt zur autonomen Provinz" die stärksten Bedenken wachrufen.

Der echt demokratische Gedanke der „Frankfurter Zeitung" — Schaffung des deutschen Einheitsstaates durch Auflösung Preußens —, der ja bekanntlich den ursprünglichen Absichten des Verfassungsministers Preuß zugrunde lag, spielt leider auch heute noch in weiten Kreisen der demokratischen Bevölkerung des Westens eine Rolle. Ideologische Schwärmer vom Föderativstaat, der „freien Vereinigung der deutschen Stämme" und ähnliche Romantik, die von der Wirklichkeit der Geschichte nichts sieht und sehen will, wird dabei laut. Wie überhaupt die Demokratie an die Traditionen von 1848 anknüpft, so glaubt sie auch in dieser Frage das Rad der Geschichte rückwärts drehen zu sollen. Der Sinn für die Notwendigkeiten einer geschichtlichen Entwickelung fehlt und darum vor allem auch für die Bedeutung des Staates, der in einer einzigartigen Folgerichtigkeit zum Vorkämpfer der deutschen Einheit sich herausgebildet hat, bestimmt, dem weichen Zusammen deutscher Stämme und Staaten Kraft seiner Eigenart politische Zielstrebigkeit zu geben. In dieser Verkennung der Bedeutung Preußens für die Geschichte der Reichseinheit zeigt sich der alte deutsche Fehler, über innerpolitischen Wünschen außenpolitische und weltgeschichtliche Gesichtspunkte außer acht zu lassen.

Und doch sollte gerade unsere heutige Lage eindringlich zeigen, wie sehr die Frage der Erhaltung Preußens eine außenpolitische Frage ist. Gerade heute hat die Aufgabe Preußens, die große Klammer zu sein zwischen Ost und West und die Wacht am Rhein zu halten, erhöhte Bedeutung. Das ungemeine Interesse, das Frankreich für eine Auflösung Preußens immer an den Tag gelegt hat und noch legt, sollte uns die Augen öffnen. Kann doch die Verschlagung Preußens als eine der Kriegsziele unseres

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909151-17/fragment/page=0001

westlichen Nachbars betrachtet werden, das möglichst im Verfolg der Durchführung des Versailler Friedens realisiert werden soll, soweit es noch nicht geschehen ist. Was für ein Maß politischer Einsichtslosigkeit gehört doch eigentlich dazu, um diese Absicht der Zerstörung des preußischen Staates verständlich, ja fast lobenswert zu finden, der ja doch Preußens Schuld war am Mißtrauen der Welt gegen Deutschland? Wieviel ist seit dem 9. November vom großen Irrtum der Bismarckschen Politik gesprochen worden? Sein Preußen-Deutschland war der letzte Grund für den Weltkrieg, ein friedliches demokratisch-föderalistisches Deutschland hätte Europa nie Anlaß zur Beunruhigung gegeben. O, ganz gewiß nicht, hätte es doch die Bedeutungslosigkeit und Ohnmacht des alten Bundesrats-Deutschland verewigt. Und eine Zerschlagung Preußens würde heute vermutlich unsere derzeitige Bedeutungslosigkeit auch verewigen.

Man macht sich ja doch bei dem Geschrei über die Bismarckische „Blut- und Eisenpolitik" einer völligen Verkennung der einfachen Tatsache schuldig, daß die Einigung Deutschlands, die Gründung des Deutschen Reiches, nicht nur ein innerdeutsches, sondern vor allem und in erster Linie ein europäisches Ereignis war. Der Weg Bismarcks ging deshalb durch Blut und wurde deshalb mit dem Eisen gebahnt, weil er die deutsche Einheit gegen den Willen Europas schmieden mußte. Wie sehr gegen Europas Willen, das zeigt doch wahrhaftig gerade dieser Krieg und sein Ausgang. Bismarcks canchemar des coalitions hatte seine guten Gründe!

Nun, Bismarcks Leistung ist undenkbar ohne den preußischen Staat. Der war das einzigartige Mittel, um die Einheit trotz des deutschen Nationalcharakters, des so unpolitischen schrankenlosen Partikularismus und gegen den Willen einer Welt herbeizuführen. Daß dieser Nationalcharakter Bismarcks diese Aufgabe unendlich erschweren mußte, das zeigt ja die Gegenwart zur Genüge. Rathenau hat in seinen Schriften einmal einen sehr zutreffenden Vergleich gebraucht für das Bild, das unser deutsches Volk in staatlicher Beziehung zurzeit bietet. Er sagt da: Das deutsche Volk ähnelt einer Kuppel mit einer sehr harten Kruste und einem sehr weichen Inhalt. Stößt man diese Kruste durch, dann fließt der Inhalt auseinander, ohne noch irgendeinen Zusammenhalt zu haben. In der Tat, die harte feste Kruste des preußischen Systems ist durchstoßen worden, und nun fließt die Masse haltlos und widerstandslos auseinander. Das ist ja gerade die gewaltige Leistung des Preußentums, daß hier der übermäßig partikularistische Sinn des Deutschen überwunden ist durch eine über Stammeszugehörigkeit und Heimatgefühl hinausgreifende Staatsgesinnung, daß der spröde Stoff des deutschen Individualismus und der Neigung zu Subjektivismus und Ideologie gehärtet ist zum Stahl hingebender Pflichttreue und unermüdlichem eisernen Wollens für den Staat.

Diese einzigartige Staatsgesinnung aber ist das Ergebnis der Erziehungsarbeit des preußischen Staates. Und er war dazu befähigt, weil er einen starken Oberbau über die verschiedenartige Bevölkerung seiner Stämme, eine straffe, einheitliche Organisation darstellte. Die Grundpfeiler dieser Organisation waren die Krone und das Militär. Heute ist nur noch ein Pfeiler, der dritte, übrig, und das ist die preußische Bureaukratie. In diesen drei Säulen hatte der preußische Geist seine vorbildliche Ausprägung und zugleich seine Hüter geschaffen. Alle drei ruhten in dem Gefühl, für den Staat da zu sein. Vom „ersten Diener des Staates" bis zum letzten Beamten leuchtet hier die gleiche Staatsgesinnung auf. Das Interesse am Staat, das als selbstlos sachliche und pflichttreue Hingabe bezeichnet werden muß, ist freilich dem Demokraten unverständlich, da ihm der Staat zuletzt meist objektiv über dem Einzelinteresse steht, vielmehr alle staatliche Willensbildung nur Zusammenfassung von Einzelinteressen bedeutet. Sittlich und begreiflich ist die preußische Staatsgesinnung und Staatsauffassung —nebenbei sei das gesagt — ja unendlich viel moderner, „sozialistischer" als die Demokratie, die freilich solche selbstlose Sachlichkeit in ihrer Tiefe nicht faßt, man denke nur einmal einer so bezeichnenden und hilflosen Bemerkung nach wie der in der „Frankfurter Zeitung" vom 13. Juli, wo von dem „politisch meinungslosen, also (!) innerlich gleichgiltigen" Beamten des preußischen Systems gesprochen wird.

Kehren wir nach dem allen zu dem Gesetzentwurf der Regierung zurück, so scheint uns die, wie wir schon zu Anfang bemerkten, diese von uns gekennzeichnete Eigenart des preußischen Staates verkannt zu werden. Die Beamten bleiben nach ihm nicht mehr in erster Linie Diener des Staates, sondern werden Diener der Bevölkerung der Provinzen. Sie erhalten ein anderes Ideal für ihre Arbeit als die Wahrnehmung des objektiven Staatsinteresses. Oder doch wird diese klare Auffassung ihrer Aufgabe getrübt. Wenn der Beamte dem Provinzialausschuß verantwortlich ist — und das wird er, wenn diese maßgebenden Einfluß auf seine Ernennung erhält —, so ist er damit nicht mehr in der Lage, ganz frei, selbstlos das Staatsinteresse allen partikularen Wünschen gegenüber zu verfechten. Damit aber beginnt man, die dritte und letzte Säule des preußischen Staatswesenes zu erschüttern, die preußische Bureaukratie. Wird die aber erschüttert, in ihrer Solidarität untergraben, dieses durch lange geschichtliche Erziehung geschaffene Gebilde, so ist das der Anfang vom sicheren Ende Preußens. Der letzte Reif wird gesprengt, der die verschiedenen auseinanderstrebenden Teile Preußens in seiner für unsere deutsche Zukunft so unentbehrlichen geschichtlichen Sendung erledigt.

Vielleicht wird man solche Warnung als künstliche Aufhauschung in den Wind schlagen. Doch wenn irgendwo, so gilt hier der Satz: Principiis obsta! Wie schreibt die „Frankfurter Zeitung": „Die Vermutung drängt sich auf, daß diese Entwickelung, obwohl sie den entgegengesetzten Zweck verfolgen soll, allmählich zur Auflösung Preußens führen wird."

Dänemark im Weltkrieg

Jetzt ist das gesamte Aktenmaterial veröffentlicht worden, das sich auf die Unterhandlungen über den Plan einer deutsch-dänischen Militärkonvention bezieht, die auf Veranlassung des damaligen dänischen Ministerpräsidenten Christensen zwischen dem Ministerialdirektor im Kriegsministerium Lütken und dem deutschen Generalstabschef von Moltke stattgefunden haben soll. Das umfangreiche Material, das mit dem Bericht über die Verhandlungen der parlamentarischen Militärkommission, in der es zum erstenmal vorgelegt wurde, und von wo es dann durch Indiskretion vorzeitig den Weg in die Presse fand, ein Werk von über 100 Seiten darstellt, enthält Berichte von Lütken an das dänische Außenministerium vom Oktober und November 1908, über Gespräche in den Jahren 1902 und 1906 in Berlin, wo er in den ersten drei Monaten zu Universitätsstudien weilte und in den nächsten sechs Monaten beim preußischen Generalstab Dienste tat, mit verschiedenen deutschen Persönlichkeiten über die Stimmung gegenüber Dänemark.

In einem Bericht Lütkens über ein Gespräch mit Moltke am 18. Februar 1906 an Bord des Schlachtschiffes „Preußen" heißt es:

Das Gespräch dauerte eine gute halbe Stunde und wurde gewissermaßen von dem General allein als Monolog mit kurz eingeworfenen Fragen Lütkens geführt. Moltke erklärte u. a.:

„Ich will zu Ihnen frei sprechen. Ich nehme an, daß Sie die strengste Diskretion der Oeffentlichkeit gegenüber bewahren. Wir wollen, was wir nun sagen, als Pourparlers betrachten, die niemals bekannt werden, selbst wenn wir einmal einander gegenüberstehen sollten. Was ich Ihnen jetzt sage, ist das Resultat eingehender Gespräche zwischen dem Kaiser, dem Fürsten Bülow und mir. Ich kann Ihnen gleich sagen, wenn Sie irgend befürchten sollten, daß wir im Sinn haben, die bevorstehenden unruhigen Verhältnisse zu einem Angriff auf die Selbständigkeit Dänemarks auszunützen, so ist dies unbegründet. Wir denken nicht an so etwas. Unser Wunsch ist, daß zwischen beiden Staaten eine natürliche Annäherung erfolgen soll, so daß sie nicht beständig auf dem Sprung gegen einander sind. Die

Angelegenheiten in Schleswig,

die zwischen uns liegen, sollen wir sehen, aus dem Wege zu schaffen. Es ist Ordre gegeben worden zu einem gradweisen Uebergang, aber Sie müssen wirklich versuchen, Ihre Presse zu zügeln, daß sie uns keine Schwierigkeiten bereitet, z. B. durch Ausstoßen von Triumphgeschrei. Die europäische Lage, die sich drohend erhebt, deutet auf einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich — England. Ich würde einen solchen Krieg für alle drei Länder als großes Unglück betrachten, aber möglich ist er doch."

Moltke bespricht dann die verschiedenen Möglichkeiten eines **englischen Angriffs auf Dänemark** und sagt weiter:

„Sie könnten sich ja darauf einrichten, **den großen Belt zu sperren.** Dies sollten Sie in Ordnung bringen. Wir wollen Ihre Neutralität nicht brechen. Wenn Sie sich die Engländer vom Leibe halten können, so bleiben Sie **vielleicht außerhalb des Ganzen, aber das müssen wir verlangen."**

Ein weiterer Bericht Lütkens über eine Unterredung mit Moltke, datiert vom 2. Juli 1906, besagt: Auf die Frage der Sperrung des Großen Belt, die am 18. Februar so stark im Vordergrund stand, kam der General nicht zurück. Um festzustellen, ob dies zufällig war, ließ ich eine diesbezügliche Aeußerung fallen. Der General ging aber darauf nicht ein. Ich habe daher den Eindruck, daß dies mit Ueberlegung geschah und genau mit der Aeußerung zusammenfällt, die der General darauf tat, nämlich, daß Deutschland zur Zeit durchaus nicht eine Allianz oder Militär-Konvention wünschte, sondern nur Gewißheit darüber, daß wir nicht mit England gehen unbedingtlich für unsere Neutralität kämpfen wollen.

Die Dokumente enthalten weiter noch zwei Briefe Moltkes an Hauptmann Lütken: der erste ist vom 27. März 1907 datiert und besagt u. a.:

„Den Befürchtungen, die Sie aussprechen, daß die augenblickliche Mißstimmung unglücklich auf die von uns beiden verfolgten Ziele einwirken könnte, kann ich indessen nicht zustimmen, solche kleinen Vertraulichkeiten können immer vorkommen, man darf ihnen keine zu große Bedeutung beimessen. Das, was wir besprochen haben, steht auf einem anderen Boden, und zwar auf demjenigen, der durch die gesamte europäische Politik geschaffen wird, und bei dessen Beurteilung es sich um Krieg und Frieden, um alle Lebensinteressen der Staaten, um die Frage ob Feind oder Freund handelt. Das, was wir abgemacht haben, würde auf schwachen Füßen stehen, wenn es von einer augenblicklichen Mißstimmung wegen Grenzschikanen abhängen würde. Hier sprechen doch auch andere und schwerwiegende Interessen mit. Ich würde es den dänischen Herren keinen Augenblick verdenken, wenn sie auf Grund reiflicher Ueberlegung zu der Ansicht kämen, einen Anschluß Dänemarks an die voraussichtlichen Gegner Deutschlands vorteilhafter für ihr Land zu halten, als ein offenes und ehrliches Zusammengehen mit Deutschland. Jeder ist dafür nur sich und seinem Lande verantwortlich. Hat Dänemark sich aber in anderem Sinne entschieden, so kann es nicht durch Reibereien zwischen Zollbeamten oder Gendarmen anderen Sinnes werden. Sollte man das annehmen, so würde jede Sicherheit und jedes Vertrauen aufhören."

Im zweiten Briefe, der vom 7. Mai 1907 datiert ist, heißt es u. a.:

„Sie wissen, daß ich immer betont habe, daß das Einzige, was wichtig ist, wenn der Kriegsfall einmal eintreten sollte, eine klipp und klare Antwort auf die Frage ist:

Freund oder Feind.

Weiter ist nichts nötig. **Daß es eine direkte Lüge ist, wenn behauptet wird, Deutschland will Dänemark zu einem Offensivbündnis gegen England veranlassen, wissen Sie ebenso gut wie ich. Wir müssen uns aber darauf einrichten, daß uns einmal ein Krieg aufgezwungen werden könnte, und in dem Falle müssen wir wissen, wie sich der Nachbar vor unserer Tür zu uns stellt.** Dänemark würde nur einen verhängnisvollen Fehler machen können, und der wäre: eine zweifelhafte oder unentschiedene Haltung einzunehmen. Wir müssen uns in diesem Falle auf die Antwort „Feind" einrichten, denn die Ereignisse werden mit solcher Schnelligkeit verlaufen, daß wir nicht warten können. Habe ich dagegen die Gewißheit, daß die Antwort „Freund" bleiben wird, so gilt mir hierfür das Wort eines Ehrenmannes mehr, als geschriebene Verträge. Ich würde ihm unbedingt vertrauen."

Die Besprechungen zwischen Lütken und dem Generalstabschef v. Moltke sind bekanntlich nicht zum Abschluß gediehen, da das Ministerium Christensen unterdem seinen Rücktritt nahm. Was die territoriale Seite der Besprechungen anlangt, so haben bekanntlich Fühlungen nach dieser Richtung noch bis zum Ausbruch des Weltkrieges, ja in unverbindlicher Form noch während des Weltkrieges, bestanden. Zu einem greifbaren Resultat ist es damals nicht gekommen aus Gründen, die wir hier des näheren nicht erörtern wollen. Daß aber auf deutscher Seite der Wille zu einer Verständigung vorhanden war, läßt sich nicht bestreiten, und diese Verständigung wäre unter den damaligen Verhältnissen in jeder Form möglich gewesen, ohne irgendwie von Deutschland als Demütigung empfunden werden zu müssen. Was aber die politische Seite der Besprechungen anlangt, so ist darin der Wille unverkennbar, daß Deutschland in keiner Weise die Haltung der dänischen Politik im Sinne nützlichen sucht, oder gar der Selbständigkeit Dänemarks zu nahe tritt, sondern daß lediglich die Frage geklärt werden soll, wessen man sich Dänemarks im Falle eines Krieges zu versehen habe. Eine solche Fragestellung war durchaus verständlich und auch geboten. Nach dem veröffentlichten Material hat sie sich zudem in Formen bewegt, die jede aggressive Absicht von Deutschland, auch gegen eine dritte Macht ausschließen mußten. Die Fragestellung lautete für den deutschen Generalstab, was tut Dänemark, wenn England als Gegner Deutschlands auftritt? Eine Frage, die durchaus gerechtfertigt war im Jahre 1906 zu der Zeit der Algeciras-Spannung genau so wie acht Jahre später. Eine Ausnutzung dieser Besprechungen zwischen Lütken und dem Generalstabschef von Moltke in einem deutsch-feindlichen Sinne müßte also von vornherein ausgeschlossen erscheinen, wenn nicht bei der Entente das Bestreben bestünde, den Defensivwillen Deutschlands, der niemals verlassen worden ist, schon von vornherein in einen Offensivwillen umzubiegen. Daß es sich lediglich um einen Defensivwillen handeln könne, betont ja auch General von Moltke, und er stützt sein Zeugnis damit, daß er Dänemark vorschlägt, seine Neutralität zu verteidigen.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

42] Roman von **Artur Brausewetter.**

„Sind Sie in diesem Wahn schon öfter in solche Wohnungen eingestiegen?"

„Zweimal."

„Was haben Sie damals mitgenommen?"

„'ne ganze Kiste mit Sachen — die nahm ich in meinem Wagen mit."

„Zeuge Hock — kennen Sie die Villa, in der das Pensionat Falke gelegen ist?"

„Jetzt ja — ich habe sie aber erst nachträglich kennen gelernt, hoher Gerichtshof."

„Zeuge Hock — ich ermahne Sie jetzt, die volle Wahrheit zu sprechen. Sie müssen es auf Ihren Eid nehmen. Die Zeugin hier behauptet, Sie in einer Nacht an dem Fenster eines Hauses beschäftigt gesehen zu haben, das in unmittelbarer Nähe des Pensionats Falke liegt. — Was sagen Sie dazu?"

„Ich weiß es nicht."

„So besinnen Sie sich! Diese Nacht soll die Nacht gewesen sein, in welcher der furchtbare Mord geschah. — Zeuge Hock, sind Sie in dieser Nacht in der Kantstraße gewesen?"

„Ich weiß es nicht."

„Ist es möglich, daß Sie in dieser Nacht in der Kantstraße gewesen sind?" fragt der Vorsitzende immer eindringlicher.

Der Zeuge schweigt einen Augenblick. Das bleiche Gesicht spiegelt eine unbeschreibliche Erregung wieder.

„Es kann in meinem Wahn gewesen sein," sagte er schließlich mit stockender, zitternder Stimme.

„Sind Sie in dieser Nacht vielleicht auch im Pensionat Falke gewesen?"

„Nein."

„Es könnte in Ihrem Wahn gewesen sein."

„Nein."

„Nun, Zeuge Hock, so will ich Ihnen noch mehr sagen. Man hat gestern nachmittag in Ihrer Abwesenheit bei Ihnen Haussuchung abgehalten. Und da hat man etwas gefunden, das Sie sehr sorgsam in dem Winkel Ihres Stalles verborgen hatten. Das war dieses Messer hier."

Und der Vorsitzende hält ihm das spitze Messer entgegen, dessen rostige Flecken auch die gründliche Reinigung nicht hat beseitigen können, der man es unterzogen hat.

Der Dachdecker Hock ist zusammengesunken, die zitternden Beine tragen den Körper nicht mehr — er fällt haltlos in die Knie —, die abgemagerten Hände hat er über das aschfahle Antlitz gedeckt.

„Das Messer! Mein Gott — mein Gott — das Messer."

Immer unheimlicher dringt dies Schluchzen durch die Totenstille, die in dem weiten Saale herrscht.

„Ermannen Sie sich, Zeuge Hock," sagt der Vorsitzende nach einer längeren Pause. „Sie haben uns noch viel zu bekennen. An diesem Messer hat selbst die flüchtige Untersuchung, die wir mit ihm vornehmen konnten, das Vorhandensein von Blut erkannt. Es ist dasselbe Messer, das in dem Pensionat Falke seit der Mordnacht verschwunden ist — mit diesem Messer — das ist zweifellos — ist der Freiherr von Türck ermordet worden. Und dieses Messer hat man in Ihrem Stall gefunden — was wollen Sie dazu sagen?"

„Daß ich unschuldig bin, hoher Gerichtshof — bei Gott im Himmel unschuldig!"

„Sie leugnen also, das Messer in Ihrem Stall verborgen zu haben?"

„Nein, das leugne ich nicht — ich habe es dort verborgen!"

„Zeuge Hock," erwiderte der Vorsitzende sehr scharf, „wollen Sie diesem Gerichtshof Märchen aufbinden? Sie sind in der Nacht des Mordes in der Kantstraße gesehen worden — Sie geben die Möglichkeit zu, daß Sie dort gewesen. Das Messer, mit dem der Mord geschehen, ist in Ihrem Stall bei einer Haussuchung entdeckt worden. Sie selber leugnen nicht, es an sehr geschickter Stelle dort versteckt zu haben. Und jetzt wollen Sie alles das als ein Spiel des Zufalls hinstellen, jetzt behaupten Sie, Sie hätten mit diesem Mord nichts zu tun?! Besinnen Sie sich doch eines Bessern und gesen Sie die Wahrheit!"

Der Dachdecker Hock hat sich langsam aus der gebückten Stellung, die er bis jetzt eingenommen, in die Höhe gerichtet, die zitternden Hände hat er vom Gesicht entfernt. Ein unbeschreibliches Gemisch von Angst und Verzagtheit und Trotz liegt auf den häßlichen stumpfen Zügen, spricht aus den blöden, rötlichen Augen.

„Hoher Gerichtshof," sagte er, seine bebende Stimme zur höchsten Anstrengung zwingend, daß die Worte gebrochen, stoßweise, fast meckernd herauskommen, „ich kann in der Mordnacht in der Kantstraße gewesen sein — in meinem Wahn — es ist möglich. Ich habe dieses Messer in meinem Stall versteckt — wieder in meinem Wahn — ich gebe es zu. Und doch — so wahr ein Gott im Himmel lebt — mit diesem Mord habe ich nichts zu schaffen!"

„Wie aber kommen Sie zu diesem Messer?"

„Ich habe es gefunden — am Strand gefunden!"

Ueber die ernsten Gesichter der Geschworenen gleitet ein Lächeln — im Zuhörerraum hört man hier und da ein Kichern, das seltsam zu der Todesangst kontrastiert, mit welcher der Mann gesprochen hat, indes ihm der Schweiß unaufhaltsam in dicken Tropfen von der niedrigen Stirne perlt. —

„Gefunden?!" fragte der Vorsitzende, „Zeuge Hock, Sie werden selber zugeben müssen, daß diese Erklärung sehr unwahrscheinlich klingt."

„Und doch ist es so gewesen, hoher Gerichtshof, und nicht anders. — In jener Nacht — es war 'ne helle Mondnacht, — ich konnts mal wieder im Bett nicht aushalten — ich hatte einige Schluck getrunken — mein Wahn ließ mir nicht Ruhe — ich ging also zu meiner Wohnung hinaus in die Kantstraße und machte mir an dem Fenster eines Hauses zu schaffen, als dieses Mädchen mich dort vertrieb."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909151-17/fragment/page=0002

Vom Münchener Geiselprozeß

Schluß der Beweisaufnahme.

München, 14. September.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung wird das Zeugnis der Hausbesitzerin Wirsing verlesen, der Schickelhofer erzählt hat, die alten Soldaten im Gymnasium hätten sich geweigert, die Geiseln zu erschießen. Darauf habe er vier junge Soldaten herangenommen. Die Geiseln seien nicht verstümmelt worden, wohl aber hätten manche die Hände über den Kopf gehalten, und da könnten Verstümmelungen vorgekommen sein. Die Erschießung habe das Oberkommando angeordnet. Er, Schickelhofer, gehe nicht mehr ins Gymnasium, denn er wolle von der Gaudi nichts mehr wissen". Der Angeklagte Schickelhofer bestreitet, daß er die jungen Soldaten zur Erschießung befohlen habe, sie hätten sich freiwillig gemeldet. Eine Frau Schatt, deren Bruder Operationssaaldiener ist, hat von diesem Einzelheiten über die Verstümmelung der Leichen gehört und hält dies Schickelhofer vor. Er erwidert darauf: Wenn man einem direkt auf den Kopf schießt, muß doch die Schädeldecke in die Höhe gehen. — Die nächste Zeugin, Frau Bogner, die ein Verhältnis mit dem Angeklagten Hanne hatte, sagt aus, daß sie am Abend des Mordtages mit ihm ein Tanzlokal, die Blumensäle, besucht habe. Dort habe ihr Hanne erzählt, daß er am verflossenen Nachmittag Geiseln mit erschossen habe. Dabei habe er sich gefreut und gelacht. Geld habe er „massig" gehabt. — Vorsitzender: Hatte er das Geld schon vorher gehabt? — Zeugin: Ich habe geglaubt, daß er es für die Erschießung der Geiseln bekommen hat. — Vorsitzender: Haben Sie ihn nicht gefragt, warum er mitgeschossen hat? — Zeugin: Ja. Ich habe gesagt, wie kann man nur so etwas machen. Darauf hat er gesagt: Ich hätte den Befehl dazu. — Vorsitzender: Aber tanzen hat er noch können, der Herr Hanne? — Es wird dann der Zeuge Linner vernommen, der angibt, daß er den Angeklagten Huber Mitte Mai getroffen habe. Dieser habe ihm erzählt, daß er im Luitpold-Gymnasium gewesen sei und auch mitgeschossen habe. Die Leichen seien später ausgezogen und ausgeraubt worden. Er sei schon wiederholt festgenommen worden, doch habe man ihm nichts nachweisen können, und so sei er stets wieder entlassen worden. Wenn man gewußt hätte, daß er bei der Erschießug beteiligt gewesen ist, hätte man ihn nicht wieder laufen lassen. Bei dem Kampf in Giesing habe er ein Maschinengewehr bedient. Jetzt mache er aber die „Gaudi" nicht mehr mit. — Der Zeuge Lehner, der Ordonnanz im Luitpold-Gymnasium war, sagt aus, daß in der Nacht zum 30. der Aktionsausschuß dort gewesen sei. — Vorsitzender: Und Ihre Beobachtungen beim Geiselerschießen? — Zeuge: Es waren etwa 500 bis 600 Soldaten bei der Hinrichtung. So lange ich da war, hat Haußmann kommandiert. — Vorsitzender: Sie selbst waren an der Erschießung nicht beteiligt? — Zeuge: Nein. — Vorsitzender: Sie sollen daheim, am Abend des 30., sehr aufgeregt gewesen sein und gesagt haben, Sie hätten während des Krieges viel gesehen, aber so etwas nicht. Sie sollen gesagt haben: Die Roten haben sich aufgeführt wie die Hyänen. Dann wird die Wirtin Schicklhofers vernommen. Sie stellt dem Angeklagten kein günstiges Zeugnis aus und bekundet, er habe oft mit seiner Frau Streit gehabt. — Vorsitzender: Was hat Ihnen denn Schicklhofer am 1. Mai erzählt? — Zeugin: Er hat den Hauszins gebracht und da habe ich ihn nach dem Geiselmord gefragt. Er hat gesagt, sie sind erschossen worden, weil sie unsere Leute auch erschießen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung werden noch eine Anzahl Entlastungszeugen vernommen, die aber im großen und ganzen nichts wesentliches aussagen. Von großem Interesse war dagegen die Aussage des russischen Medizinalstudenten Andreas Kwilenko. Er stellt sich zunächst, als verstehe er die deutsche Sprache überhaupt nicht und wird unvereidigt vernommen. Er wurde am 5. Mai in München festgenommen. Vorsitzender: Wie kamen Sie in das Gymnasium? — Zeuge: Wir wurden eines Tages vom Puchheimer Gefangenenlager angefordert, von dort abgeholt und in das Gymnasium transportiert. Dort bekamen wir Gewehre und Munition und ich wurde Wachtposten. Der Zeuge glaubt Schicklhofer als den Mann wiederzuerkennen, der die Soldaten herausrief. Es sei aber niemand gekommen und es wurden schließlich sieben bis acht Mann befohlen und gingen auf den Hof hinunter. Man habe ihm ein Gewehr in die Hand gedrückt und er sei hinuntergegangen. Auf dem Hof habe bereits eine Schützenlinie von etwa acht Mann gestanden. Er habe sich mit in die Reihe gestellt, aber nicht mitgeschossen. Als die Schießerei vorbei war, habe er sein Gewehr beiseite gestellt und sei wiedr in das Gymnasium hineingegangen. — Tapezier Salfang, der sich bereits wegen Verdachtes der Mittäterschaft im Untersuchungsgefängnis befindet und seine Aussagen in großer Erregung macht, hat den Nervenzusammenbruch des dritten Kommandanten Pfisler beobachtet und gibt an, er habe dabei geholfen, den Kommandanten fortzubringen. Dabei habe er beobachtet, wie die Gräfin Westarp ihre Unschuld beteuerte, und er, der Zeuge, will versucht haben, sie frei zu bekommen. Der Angeklagte Lermer habe ihm jedoch erklärt: Sie ist Geisel, da gibts nichts zu reden. Dann hat der Zeuge beobachtet, daß abends eine geheime Vollzugsratssitzung im Gymnasium stattfand. Während der Geiselerschießung habe er im ersten Stockwerk gestanden. Interessant ist dann die Bekundung des Zeugen, daß er abends in der Kanzlei gesehen hat, wie Hausmann und Seidl sich einen Haufen Banknoten teilten, und daß außerdem noch etwa 8000 Mark Silbergeld vom Polizeipräsidium kamen, die Hausmann an sich genommen habe. Bei der Teilung fiel eine ganze Menge Geld zu Boden, von dem jeder der Anwesenden, auch er, der Zeuge, sich etwas genommen habe.

Rechtsanwalt Liebknecht erhebt sich nun und stellt einen langen Beweisantrag in bezug auf den Baron Moser. Der Anwalt will beweisen, daß zum mindesten einige Mitglieder der Thule-Gesellschaft ursprünglich nicht als Geiseln, sondern wegen konterrevolutionärer Umtriebe verhaftet worden seien. Diese Mitglieder hätten sich der Anwerbung von Weißgardisten, der Spionage usw. schuldig gemacht und dabei Ausweise mit gestohlenen oder gefälschten Stempeln der Räterepublik benutzt. Mit Rücksicht darauf, daß auch ein gefälschter Stempel der Eisenbahngüterabteilung vorgefunden worden sei, vermutet der Verteidiger, daß auch Verschiebungen von Heeresgut und Waren vorgekommen seien und beschuldigt den Baron v. Moser sowie Oberleutnant Truth, daß beide zusammen an einem Warendiebstahl beteiligt seien. Auch der erschossene Prinz Thurn und Taxis sei wegen ähnlicher merkwürdiger Geschäfte von seiner Familie verstoßen. Moser ferner verdächtig, daß er identisch mit einem Monsignore Moser, der 1913 in einem großen Ordensskandal im Rheinland verwickelt gewesen sei, daß er sich den päpstlichen Adelstitel erkauft und diesen später in Koburg habe bestätigen lassen. In Berlin sei er außerdem verdächtig, in Spielerkreisen unliebsam bekannt zu sein. Dr. Liebknecht behauptet sogar, daß Baron Moser mit dem Berliner Kaufmann Arthur Moser identisch sei, der bekanntlich zu Beginn der Revolution zwei Spielklubs ausgeraubt hat. Der Verteidiger schließt damit, daß Baron v. Moser in Wirklichkeit ein gewisser Moses oder Rothschildt (große Heiterkeit) sei, der die Mitglieder des Germanenordens und die Thule-Gesellschaft an der Nase herumgeführt habe. Auch der Vorsitzende der Thule-Gesellschaft, Baron von Sebottendorf, sei gar kein Adliger, sondern ebenfalls eine höchst verdächtige Persönlichkeit. Erneute Heiterkeit ruft Rechtsanwalt Liebknecht dann mit der Bemerkung hervor, daß sich ein Zeuge dafür angeboten habe, den Beweis zu erbringen, daß in den Listen der Thule-Gesellschaft auch der Name eines Oberlandesgerichtsrats Paul (der Name des Vorsitzenden) steht. — Vorsitzender, Oberlandesgerichtsrat Paul: Ja, was ist denn das? Ich kenne die Thule-Gesellschaft doch auch erst seit dieser Verhandlung und habe keine Beziehungen zu ihr. Genügt Ihnen das, Herr Doktor, oder sollen wir den Zeugen laden? Ich könnte auch Herrn Rechtsanwalt Dahn dafür nennen, daß ich der Thule-Gesellschaft ganz fern stehe. — Dr. Liebknecht: Unter diesen Umständen verzichte ich natürlich. — Das Gericht zieht sich dann zur Beratung zurück und verkündet die Ablehnung aller dieser Beweisanträge, da die Glaubwürdigkeit der Zeugen Baron Moser, Truth und Genossen nicht bezweifelt werde.

Der Verteidiger des Angeklagten Lermer beantragt dann doch zum Beweise für die Unschuld seines Klienten die Ladung einer Frau, welche bekunden werde, daß Lermer nicht einmal imstande gewesen sei, einen Hasen umzubringen. Als es doch geschehen sei, habe er nichts davon essen können. Darauf erhebt sich Rechtsanwalt Liebknecht nochmals und wiederholt an Hand neuer Mitteilungen aus Berlin seinen Antrag auf Feststellung der Herkunft des Zeugen Baron Moser. Er bleibt dabei, daß der Berliner und der Münchener Moser ein und dieselbe Person seien und nennt Baron v. Moser einen Hochstapler und Betrüger, was der Vorsitzende energisch als eine Beleidigung des Zeugen zurückweist. In bezug auf den Baron v. Sebottendorf, den Vorsitzenden der Thule-Gesellschaft, behauptet Liebknecht als neues Moment, daß dieser bis zum Kriege in Konstantinopel unter falschem Namen gelebt habe, und daß er die Stempel in den Räumen der Thule-Gesellschaft gefälscht habe, um Offizieren, die zur Weißen Garde aus München heraus wollten, gefälschte Ausweispapiere mitgeben zu können. Staatsanwalt Hoffmann erklärt, daß diese Anträge offensichtlich die Verhandlung von dem Thema abbringen sollen, und daß es sich hier allein um die Erschießung der zehn unschuldigen Geiseln handle, von denen einige tatsächlich Mitglieder der Thule-Gesellschaft gewesen seien, was aber nichts für die Behauptungen der Verteidigung beweise. Er lehne es jedenfalls ab, den Verteidigern auf das politische Gebiet zu folgen. (Zustimmung im Zuhörerraum.) — Rechtsanwalt Sauter erregt: Die Leute im Publikum lachen immer, wenn wir von gefälschten Stempeln sprechen. Wir haben doch aber Originalabdrücke derselben in der Hand. Und wenn ich solche Stempel in meinem Bureau hätte, könnte ich mich vor keinem Staatsanwalt dahin ausreden, daß ich hierfür nicht verantwortlich sei. Wir verlangen diese Feststellungen über die Zeugen also nicht nur im Interesse der Angeklagten, sondern auch der Allgemeinheit und nicht zuletzt im Interesse der Thule-Gesellschaft selbst. — Rechtsanwalt Liebknecht: Das Organ der Thule-Gesellschaft hat ja selber zugegeben, daß Personen mit gefälschten Papieren an die weiße Front hinausgeschmuggelt worden sind. Das Gericht lehnt jedoch die Beweisanträge als unerheblich ab, und zwar, weil sich aus dem Lauf der Verhandlungen bereits die Glaubwürdigkeit der Zeugen ergeben habe. Der Vorsitzende teilt zum Schluß noch mit, daß das Gericht nur zwei Mordhandlungen annehmen könne, und zwar einmal an den beiden Husaren, das andere Mal bei der Erschießung der anderen Geiseln. Bis jetzt war jedem der Angeklagten die Tötung jeder einzelnen Geisel zur Last gelegt. Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen.

Wer bestätigt das Urteil in dem Verfahren gegen Liebknecht

Wolffs Büro meldet amtlich:

Wie aus Pressemeldungen bekannt ist, hat die preußische Staatsregierung sich mit der Frage beschäftigt, ob sie zur Bestätigung des Urteils in dem Verfahren wegen Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs zuständig sei. — Nach eingehender Prüfung hat diese Frage verneint werden müssen.

Neben anderen Gründen rein rechtlicher Natur kam insbesondere die Tatsache ausschlaggebend in Betracht, daß es seit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung keine Kontingentsgewalt einzelner Länder mehr gibt, daß Kommandogewalt und Verwaltungsbefugnisse den einzelstaatlichen Regierungen nicht mehr zustehen, und daß daher jedenfalls jetzt für die preußische Staatsregierung jede Grundlage fehlt, auf die sie ihre Zuständigkeit für die in Rede stehende Entscheidung stützen könnte.

*

Der Rote Soldatenbund wieder auferstanden

Unter dem Namen „Revolutionärer Matrosenbund" ist der aufgelöste „Rote Soldatenbund" aus der Asche erstanden. Der Bund besteht aus Anhängern der früheren Volksmarinedivision und der Republikanischen Soldatenwehr. Er soll bei dem zu erwartenden Sturz der Regierung der kommunistischen Partei dienstbar sein. In allen größeren Städten des Reiches sind Abzweigungen des Bundes im Entstehen. Die Zentrale ist in Berlin. Der Bund arbeitet im strengsten Einvernehmen mit der K.P.D. Waffen sind in genügender Zahl vorhanden.

Es wird mit jedem Tag klarer, daß wir einer Wiederholung des Märzaufstandes entgegentreiben. Namentlich Berlin scheint wiederum am meisten gefährdet zu sein.

Wir fragen, ob es die Regierung verantworten kann, angesichts dieser klaren Beweise für die Vorbereitung zu gewaltsamem Umsturz die Garnison Berlin ständig zu verringern?

Aus russischer Gefangenschaft

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 14. September.

Heute früh 5 Uhr traf mit großer Verspätung der für gestern abend 10 Uhr gemeldete Zug mit 600 deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen aus Rußland auf dem Schlesischen Bahnhof ein. Zum Empfang waren die Leiter des Kriegsgefangenenheimes und viele Damen auf dem Schlesischen Bahnhof erschienen. Die Gefangenen machten einen sehr guten Eindruck. Sie erzählten, daß sie bei der Armee Koltschak zum Bau von Eisenbahnen verwendet wurden. Sie traten zur Roten Armee über, wo man ihnen ohne weiteres erklärte, daß sie nach Deutschland gebracht werden könnten. Man transportierte sie auch per Dampfer nach Moskau. Die Gefangenen erfuhren bei der Roten Armee eine gute Behandlung. In Moskau wurden sie vom deutschen Komitee in Empfang genommen, das für Unterkunft und Weitertransport sorgte. Sie wurden bis an die deutsche Grenze gebracht. In Litauen mußten sie allerdings die große Strecke von 150 Kilometern zu Fuß zurücklegen, weil dort die Eisenbahnen eingestellt waren. Ueber ihre Eindrücke in Moskau berichten sie, daß dort die Lebensmittelpreise sehr hoch seien. Für eine einfache Suppe werden 20 Rubel verlangt. Jedem, der arbeiten wollte, biete sich aber gute Verdienstmöglichkeit. Die Stadt sei ruhig. Im allgemeinen scheinen die Bolschewisten auf Ordnung zu halten. In der Roten Armee herrsche gute Disziplin. Namentlich Maxim Gorki bemühe sich, durch Hinzuziehung der Intelligenz in die Verwaltung, Ordnung in das Finanz- und Wirtschaftsleben zu bringen. Viele von den Gefangenen hätten in Kohlenbergwerken und Fabriken zu arbeiten gehabt. Die Arbeit in den Kohlenbergwerken war sehr schwer. Die nicht in Berlin ansässigen Kriegsgefangenen wurden mittels Lastautos zu den verschiedenen Bahnhöfen zur Weiterbeförderung gebracht. Unter den Heimgekehrten befanden sich auch solche, die drei Jahre und länger keine Nachricht von sich geben konnten und auch keine aus der Heimat erhielten. Um so größer war natürlich die Freude des Wiedersehens. Es spielten sich am Bahnhof rührende Szenen ab, da die Heimgekehrten telegraphisch ihre Ankunft gemeldet hatten.

Putsch gegen Gewerkschaften und Regierung

In einer Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärte ein Redner, daß die Eisenbahner die Elitetruppe des Roten Vollzugsrates seien, und daß sie zur gegebenen Zeit auf dem Plane erscheinen würden. In den nächsten Wochen stünden bedeutende Ereignisse bevor. Sämtliche Gewerkschaftsführer würden mit Gewalt beseitigt werden, man werde einen „Bonzenputsch" machen und so die zukünftige Räteorganisation durchführen. Der bestehende Staat müsse gestürzt werden. Im weiteren Verlauf der Erörterung drohte die Versammlung sich in Tumulten aufzulösen; es gelang aber schließlich, die eingebrachten Entschließungen gegen die Akkordarbeit zur Annahme zu bringen. Es ist schade, daß die Berichte nicht angeben, wer der Redner gewesen ist, der so offenherzig aus der Schule plauderte. Im übrigen werden diese Ankündigungen vielleicht Herrn Scheidemann interessieren.

Provinz Sachsen

Gegen den Gothaer Atheistenerlaß

Gotha, 10. September.

Der Vorstand des Gothaer Bauernbundes hat der Gothaischen Landesregierung folgende Eingabe überreichen lassen, die sich gegen den unlängst vom Schulminister Jacobi herausgegebenen Erlaß betreffend die Einstellung des Religionsunterrichtes in den Schulen richtet:

An die Landesregierung in Gotha.

In der bäuerlchen Bevölkerung des Landes Gotha ist die Verordnung der Landesregierung über das Verbot der Schulgebete, sowie die Umformung des Religionsunterrichtes mit größter Befremdung und Empörung aufgenommen worden. Die Bauernschaft verkennt durchaus nicht, daß Reformen im Schulwesen und auch im Religionskapitel eintreten können. Aber das, was sich die Landesregierung mit ihrer Verordnung vom 25. v. M. leistet, bedeutet denn doch eine vollständige Verkennung der wirklichen Sachlage, insbesondere einen Schlag ins Gesicht unserer in überwiegender Mehrzahl treu evangelisch gesinnten Bevölkerung. Diese hat die feste Ueberzeugung, daß es unbedingte Pflicht ist, den Kindern in der Schule auch weiter Religion zu lehren und das Beten zu lernen, sowie sie im Geiste unserer großen Vorfahren, Luther, Herzog Ernst der Fromme, Fichte, Bismarck usw. zu erziehen. Jeder Kenner der Geschichte muß doch wissen, daß nach dem 30jährigen Kriege mit seinem ungeheuren Elend auf unseren Dörfern gerade die starke Betonung des religiösen Lebens unseren Dorfbewohnern wieder den inneren Halt gegeben hat zum Wiederaufbau des Landes. Ganz die gleiche Beobachtung weist die Zeit der Erniedrigung Preußens, aus der die religiösen Kräfte, wie sie Fichte, Schleiermacher, Stein lebendig machten, den Aufstieg ermöglicht haben. Jetzt befinden wir uns in der gleichen Lage.

Da die Landesregierung das Gothaer Volk über diesen hochbedeutsamen Schritt nicht gefragt hat, selbst nicht einmal die im „Beirat" vertretene Lehrerschaft, sich auch ohne Zweifel nur auf eine sehr kleine Minoriät stützt und lediglich von ihren ganz einseitigen parteipolitischen Gesichtspunkten ausgeht, die Ansicht der Mehrheit also vergewaltigen will, sich aber auch mit den reichsgesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch setzt, kann die Bevölkerung diesen Gewaltakt nicht widerspruchslos über sich ergehen lassen.

Wir Bauern gönnen jedem sein Recht, aber wir verlangen auch, daß unsere Anschauung respektiert wird. Es handelt sich hier um die geistige und moralische Zukunft unseres Volkstums, die wir gebessert sehen wollen, die aber die augenblicklichen Machthaber mit aller Gewalt zu ruinieren bestrebt sind. Es handelt sich um die Zukunft des Bauerntums, das ohne Gottesfurcht und Gottvertrauen seine schwere Aufgabe nicht erfüllen kann. Bauer und Bauersfrau wollen daher, daß ihre Kinder beten lernen und im deutsch-evangelischen Geiste erzogen werden; und dazu ist die dörfliche Schule da. Wir bezahlen nicht die Kosten zu den Schulen und schicken unsere Kinder dahin, daß sie nach den Anschauungen einer Parteigruppe und einiger Phantasten erzogen werden.

Die allgemeine Erregung ist groß und die allseitige Meinung geht dahin, daß diese Verordnung auf jeden Fall verschwinden muß und mit ihr derjenige Beamte, der für sie verantwortlich ist und der ständig die größte Beunruhigung durch die Schule in unsere Dörfer trägt. Dieser Herr muß unbedingt einem Manne Platz machen, der wirklich Sachverständnis für unser Volksempfinden hat, der einen tadellosen Ruf und die entsprechende Vorbildung besitzt. Wir sind beauftragt, diese Forderungen der Landesregierung vorzutragen und zu bemerken, daß die Bauernschaft aus obigen Gründen den neuen Schulerlaß niemals anerkennen kann und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Beseitigung herbeiführen wird, wenn die Regierung nicht in letzter Stunde ein Einsehen hat und die Verordnung zurückzieht und Herrn Jacobi seines Amtes enthebt.

Gothaer Bauernbund. Der Vorsitzende: gez. Riehmann.

*

— **Merseburg**, 14. Sept. (Streik.) Die bei den Baufirmen des Leuna-Werkes beschäftigten Zimmerleute beschlossen am Donnerstag, wegen nicht bewilligter Teuerungszulagen sofort in den Ausstand zu treten. Gestern streikten demgemäß alle Zimmerleute. Die Ausständigen verlangen eine Teuerungszulage von 15 Prozent. Wie wir hören, wurde bei den seinerzeitigen Verhandlungen in Halle im April d. J. eine Teuerungszulage von 8 Prozent vereinbart. Bei diesen Verhandlungen waren die Zimmerleute nicht vertreten und wurde die Vereinbarung für sie von den Maurern angenommen. Dem entgegen bestehen die Zimmerleute jetzt auf 15 Prozent Teuerungszulage. Wird sie ihnen bewilligt, dann ist das ein billiger Anlaß für die anderen Vertragsunterzeichner, ebenfalls sofort in den Streik zu treten, um die 15prozentige Teuerungszulage zu erhalten. Denn ein Keil treibt den andern.

— **Weimar**, 14. Sept. (Ein guter Fang) ist abermals unseren Polizeiorganen geglückt. Aus Sachsenhausen war die Meldung eingegangen, daß von dort ein beim Landwirt Linbald seit vier Tagen in Arbeit gewesener junger Mensch Karl Fenster aus Pforzheim und von Beruf Goldschmied für mehr als 6000 M. an Wertpapieren, darunter einige Sparkassenbücher, gestohlen hat und damit flüchtig geworden ist. Sofort machten sich einige Schutzleute an die Nachforschung nach dem Dieb, der in einem hiesigen Lokale inmitten einer feuchtfröhlichen Gesellschaft ermittelt und festgenommen wurde. Von einigen Sparkassenbüchern waren bereits 800 Mk. abgehoben worden und davon 500 M. verjubelt worden. — Zu dieser an sich guten Nachricht kommt aber die weniger erfreuliche hinzu, daß der berüchtigte Einbrecher Pupe und der Pferdedieb Grobe aus dem hiesigen Landgerichtsgefängnis ausgebrochen und verschwunden sind. Beide schweren Jungens hatte die hiesige Polizei erst nach erheblichen Schwierigkeiten dingfest gemacht.

gg. **Jena**, 14. Sept. (Berufung.) Der Landrichter Kreutzfeldt in Halle wurde zum Oberlandesgerichtsrat in Jena ernannt. Mit ihm wurde Regierungsrat Dr. Zimmer in Jena in gleicher Eigenschaft nach Jena berufen.

— **Greiz**, 14. Sept. (Ungetreuer Knecht.) Mit Pferd und Wagen verschwunden war aus dem Nachbardorfe Kurtschau der Dienstknecht Wunderlich. Pferd und Wagen gehörten dem Gutsbesitzer Fleischer und hatten einen Wert von 12 000 Mark. Wunderlich ist jetzt in Wurzen festgenommen worden, als er Pferd und Wagen für 3000 Mark verkaufen wollte. Er hatte die Strecke von Greiz nach Wurzen — etwa 120 Kilometer — mit den Pferden in einem Tage zurückgelegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909151-17/fragment/page=0003
DFG

Sportblatt der „H. Z.“

Staffelläufe durch die deutschen Städte

In fast allen mittleren und größeren Städten unseres Vaterlandes werden jetzt Staffelläufe quer durch das Stadtinnere abgehalten. Zumeist werden die Sonntage für die Veranstaltungen gewählt. Was bezweckt man mit diesen Läufen und welchen sportlichen Wert besitzen sie? Diese Frage hört man immer wieder, und der Fernstehende will die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Läufe nicht einsehen. Der sportliche Wert der Läufe ist sehr begrenzt, ja, man kann einen solchen direkt verneinen, da der Lauf auf dem harten Pflaster der Straße die Beine außerordentlich anstrengt. Waldläufe haben z. B. einen viel höheren sportlichen Wert, einmal durch den elastischen Waldboden und zum andern durch die ozonreiche Luft, die durch die starke Inanspruchnahme der Atemorgane dem Körper intensiv zugeführt wird. Nach dieser Richtung müßte man die Straßenläufe sogar ablehnen, da ein Lauf durch die staubigen, stickigen Straßen das Gegenteil von gesundheitfördernd bedeutet. Und doch hält man an den Staffelläufen fest, dehnt sie immer mehr aus und hat Riesenerfolge damit. Warum wohl? Es sind Werbeveranstaltungen für die gute Sache des Sports, Wettkämpfe, die die Augen der Oeffentlichkeit auf eine eminent wichtige Seite unserer Volkswohlfahrt lenken und durch die instruktive Art ihres Verlaufes mehr zur Aufklärung der Massen beitragen als große Sportfeste und die schönste Zeitungspropaganda. Es ist nun einmal Tatsache, daß zu den geschlossenen Sportfesten immer nur der Sportinteressent geht und die Sportnachrichten der Zeitungen zumeist nur von der Sportgemeinde gelesen werden. Nur langsam gewinnt der Sport durch mündliche Einwirkung auf Bekannte und Verwandte Boden. Das Tempo dieser Aufklärung und Werbetätigkeit genügt nicht mehr. Unser Volk würde Jahrzehnte brauchen, um den Sportgedanken in seiner breiten Masse aufzunehmen. Es würde unendlich viel Zeit verloren gehen, bis unsere Turn- und Sportvereine alle diejenigen erfassen würden, denen eine turnerische oder sportliche Betätigung nottut. Die Leibesübung muß zu einer Gewohnheit des Menschen werden, die, von frühester Kindheit betrieben, bis ins hohe Alter hinein zu einer Lebensnotwendigkeit werden muß. Wie sich der Mensch wäscht und badet, so muß er in irgend einer ihm zusagenden Weise leibliche Uebungen betreiben. Keine Veranstaltung vermag nun so auf den Menschen zu wirken als ein Staffellauf, der mitten durch das brandende Leben der Großstadt führt, die Passanten aufschreckt und sie zum Nachdenken zwingt. Und wenn nichts weiter herauskommt, als daß Eltern und Lehrherren dafür gewonnen werden, daß sie ihren Kindern nichts mehr in den Weg legen, wenn diese sich sportlich betätigen wollen, denn der größte Widerstand war immer dort zu überwinden, da mangelndes Verständnis Kindern und Lehrlingen den Beitritt in einen Turn- oder Sportverein untersagte. Wirkt hier ein Staffellauf indirekt, indem er aufklärt und belehrt, so wirkt er auf unsere Jugend unmittelbar. Es müßte sonderbar zugehen, wenn nicht eine solche Massenveranstaltung durch die Straßen der Stadt auf ein jugendliches Gemüt den tiefsten Eindruck machen würde und den Wunsch aufsteigen ließe, es den Läufern im kleidsamen Sportdreß gleichzutun, auch einmal zu kämpfen für die Farben eines Vereins gemeinsam mit guten Kameraden Schulter an Schulter. Die Liebe zum Sport, das Verständnis für Gemeinsamsinn sollen die Staffelläufe erwecken und tun es auch. Sicherlich wird alt und jung am nächsten Sonntag in Halle, wo ebenfalls ein solcher Staotlauf ausgeschrieben ist, mit Begeisterung und Freude die Läufer durch die Straßen unserer Stadt eilen sehen. Möge dieser erste Staffellauf „Quer durch Halle“ den Veranstaltern einen vollen Erfolg bringen. In Berlin, Düsseldorf, Hannover, Hamburg, Elberfeld, Köln u. a. haben die Staffelläufe dem Sport einen gewaltigen Aufschwung gebracht, ganz besonders aber verdankt unsere Reichshauptstadt dem Staffellauf Potsdam—Berlin machtvolle Anregungen. Das Getriebe der Weltstadt stockt eine kurze Spanne Zeit, wenn der klassische Lauf Tausende und Abertausende durch die Straßen der Stadt führt.

Hans Hädicke.

Schauturnen des Halleschen Turn- und Sportvereins

Begünstigt von einem ausgezeichneten Wetter, fand gestern nachmittag auf dem Schulhof des Stadtgymnasiums ein sehr interessantes Schauturnen des Halleschen Turn- und Sportvereins statt. Zahlreiche Zuschauer waren erschienen. Kreisschulinspektor Busse hielt zunächst eine markige Ansprache. Er führte aus, daß das Turnen nicht nur des Turnens wegen, sondern auch vor allem, um draußen in der freien Natur Körper und Seele zu stärken, gepflegt werden müsse. Er wies darauf hin, daß dieser Sonntag ein ganz besonderer Tag in der Turngeschichte Halles und des Turn- und Sportvereins sei. Fünf Hallesche Turnvereine, die sich zum Halleschen Turn- und Sportverein zusammengeschlossen hätten, treten jetzt zum ersten Male in der Oeffentlichkeit auf. Mit einem „Gut Heil!“ auf das Vaterland schloß Kreisschulinspektor Busse seine Begrüßungsansprache.

Es erfolgte dann der Aufmarsch der 300 Turnerinnen und Turner, an den sich die von ihnen gemeinsam ausgeführten Freiübungen anschlossen. Die Freiübungen erfreuten durch ihre gleichmäßigen und genauen Ausführungen. Das Gemeinturnen der Knabenabteilung am Barren war dem Alter der kleinen Turner entsprechend gut. Das Turnen der Jugendturner am Pferd rief reges Interesse bei den Zuschauern hervor. Besonders zu erwähnen ist das Gemeinturnen der Turnerinnen und Mädchen unter der ausgezeichneten Leitung der Turnlehrerin Fräulein Wegener. Die gewandten Turnerinnen zeichneten sich besonders durch die Anmut ihrer Uebungen aus. Der Weitsprung und das Kugelstoßen wurden von den Zuschauern mit sehr reger Spannung verfolgt. Die anmutigen und netten Volkstänze unserer kleinsten Turnerinnen mußten wegen der plötzlich umgeschlagenen Witterung in der Turnhalle stattfinden. Reicher Beifall lohnte die Mühen der Kleinen. Der Glanzpunkt des Nachmittags war ohne Zweifel das Turnen am hohen Pferd mit Federsprungbrett. Hocke, Wende, Spreize, Kehrsprung, Ueberschlag und Sturzhocke wurden in geradezu einziger Weise ausgeführt. Ein ehrlicher, langanhaltender Beifall lohnte die beste Turnerriege des Halleschen Turn- und Sportvereins. Besondere Anerkennung verdient noch Herr Wegener, der das Turnen in ausgezeichneter Weise leitete. Vollauf befriedigt von dem frischen und fröhlichen Turnen konnten die zahlreichen Zuschauer gegen 7 Uhr nach Hause gehen.

*

Halle.

Sportverein 98 gegen Halle 96 1 : 1 (0 : 1).
Liga Reserve gegen Reserve 96 3 : 1.
III. Mannschaft gegen Borussia III 1 : 4.
IV. Mannschaft gegen Borussia IV 5 : 2.

Fußball in Thüringen

Erfurt. Sportklub gegen Verein für Bewegungsspiele Leipzig 2 : 1 (0 : 1). — Sportverein für Bewegungsspiele gegen Sportverein Weimar 1 : 1.

Apolda. V. S. C. gegen Sportklub 1 : 1. — II. Mannschaft 5 : 1. — V. S. C. III gegen V. f. B. Halle-Trotha 2 : 4.

Koburg. V. f. B. gegen 1901 Gotha 1 : 2. — Gotha 1901 gegen Ballmannschaft Britannia Mühlhausen 4:2.

Langensalza. Preußen gegen Gotha 14:0.

Jena. V. f. B. Pößneck gegen Spielverein Jena 2:1 (Protest).

Gera. Turngemeinde gegen Saalfeld 1906 0:0. — Wacker gegen Verein für Rasenspiele 0:1.

Weimar. Vimaria gegen Sportverein Ballmannschaft 2:0.

Nordhausen. Wacker gegen 1905 Naumburg 1:7 (0:4). Naumburg 1905 Reserve gegen Preußen Weißenfels 5:0.

Weißenfels. Teutonia I gegen Naumburg 1905 3:2.

Hockey.

Koburg. V. f. B. gegen S. C. Erfurt 3:3.

Weißenfels. Preußen gegen Sportverein Jena 1:2.

Sonneberg. Propagandaspiel. Spielvereinigung Erfurt gegen Männerturnverein München 2:3.

Athletik.

Leichtathletische Wettkämpfe am Sonntag anläßlich der Einweihung des Sportplatzes vom Turn- und Sportverein. 100 Meterlauf: 1. Schmiedel-München 11,1 Sek. — 400 Meterlauf: 1. Kessolhardt-V. f. B.-Koburg 5,6 Min. — 1500 Meterlauf: 1. Wrede-Sportklub Erfurt 4,50 Min. — Stabhochsprung: 1. Kreiner-Turnverein Lauscha 3 Meter, 1. Medius-V. f. B.-Koburg 3 Meter. — Weitsprung: 1. Schmiedel-München 6,15 Meter. — Kugelstoßen: 1. Luther-S. C. 12,30 Meter. — Diskuswerfen: 1. Luther-S. C. 35,70 Meter. — Speerwerfen: 1. Karl-T. V. Haellern 42,55 Meter. — 400 Meterlauf: 1. Männerturnverein München 4,5 Min.

Tennis.

In Jena lieferte gestern Jena gegen Erfurt das Rückspiel. Während Jena im Juni bei 18:12 unterlag, endete es heute mit 13:17. Das Spiel mußte wegen des Gewitters abgebrochen werden. Jena hatte schwache Mannschaft. Es spielte u. a. ohne Knorr. Bei Erfurt fehlte Liban.

Am Sonntag spielt in Halle Wacker-Nordhausen gegen Favorit.

In Jena wurde gestern vom V. f. B. ein Staffellauf abgehalten. Herrenklasse: 4 Kilometer: 1. V. f. B. 8,5 Sek., 2. Turnverein Minus Jena, 3. Sportverein Jena. Jugendklasse von 15 bis 17 Jahren, 2 Kilometer, 10 Teilnehmer. 1. V. f. B. 4,30 Sek., 2. Turnverein Minus Jena, 3. Sportverein Jena. Knabenklasse: 1 Kilometer, 15 Jahre: 1. Nordschule 2,50 Sek. Mädchenklasse: 1. Lyzeum 3 Min.

— **Der Sportverein Kyffhäuser** spielte gestern auf dem Sportplatz Waldschlößchen bei Frankenhausen gegen Sachsenhausen. Das Spiel endete 2:2.

Rennen zu Berlin-Hopegarten-Grunewald

Sonntag, den 14. September.

1. Preis von Karlshorst. 8000 Mk. 1800 Meter. 1. Das Pupperchen (Kränzlein), 2. Polka, 3. Orchis. Toto für Sieg: 30. Platz 12, 15, 13. Ferner liefen: Konrad, Siegfried, Friedensritter, Narval, Mondnacht, Sonnenburg.

2. Weltmann-Rennen. 10 000 Mark. 1000 Meter. 1. Bimbam (Janek), 2. Dolde, 3. Iffland. Toto für Sieg: 23. Platz 11, 12, 14. Ferner liefen: Maulwurf, Oberon, Saatkrähe, Vollmacht, Daphne.

3. Paphrus-Ausgleich. 12 000 Mark. 1800 Meter. Das Rennen war ein totes Rennen zwischen 3 Pferden. Ein äußerst seltener Fall. 1. Eskadron (Schmidt). Totes Rennen zwischen Hanswurst, Algebra, Hoppa. Toto für Sieg: 45. Platz 18 (Eskadron), 16 (Hanswurst), 10 (Algebra), 44 (Hoppa). Ferner liefen: Seganlini, Sperber, Arras, Vulkan, Halt, Mitrovitza, Attacke, Glückauf, Thelema.

4. Slusohr-Rennen. 12000 Mk. 2000 Meter. 1. Majoratsherr (Schmidt), 2. Hofgunst, 3. Turban. Toto für Sieg: 46. Platz 13, 14, 12. Ferner liefen: Naseweiß, Siegfried, Der Sogenannte, Spero.

5. Omnium. 33 000 Mk. 3000 Meter. 1. Grodno (Zimmermann), 2. Persikus, 3. Palestro. Toto für Sieg: 169. Platz 26, 15, 29. Ferner liefen: Indus, Harfenier, Fürst Popoff, Germinal, Mörser Daliari, Sandschak, Revelin.

6. Dark-Ronald-Rennen. 16 000 Mk. 1000 Meter. 1. Romanze (Schiemann), 2. Könign der Nacht, 3. Faida. Toto für Sieg: 56. Platz 16, 18, 14. Ferner liefen: Mittelstraße, Schakal, Fieboge, Csardasfürstin, Friedensziel, Fischerin.

7. Wilamowitz-Rennen. 22 000 Mk. 2000 Meter. 1. Warabae (Blume), 2. Abschluß, 3. Lorbeer, Toto für Sieg: 24. Platz 16, 27. Ferner liefen: Harlekin, Seigneur.

8. Unverhofft-Rennen. 12 000 Mk. 1000 Meter. 1. Libelle (Olejnik), 2. Medardos, 3. Springer. Toto für Sieg: 28. Platz 15, 17, 18. Ferner liefen: Hamster, Donnerkeil, Gerd, Sittard, Granit, Oberfeldherr, Komponist, Fredegunde, Armia, Offensive, Gaugraf, Amor.

Rennen zu Dresden

Sonntag, den 14. September.

1. Preis von Bautzen. 8000 Mk. 3500 Meter. 1. Hidam, 2. Gyp, 3. Freiburg. Toto für Sieg: 16. Platz 10, 11, 11. Ferner liefen: Marot, Marschland, Horgyvolt, Wotan, Sigebold.

2. Preis von Pillnitz. 10 000 Mk. 4000 Meter. 1. Mein Liebling, 2. Fachinger, 3. Lulu. Toto für Sieg: 48. Platz 20, 17. Ferner liefen: Signorelli, Sängerin.

3. Preis vom Großen Garten. Ehrenpreis und 8000 Mk. 1900 Meter. 1. Morava, 2. Seradella, 3. Habemut. Toto für Sieg: 38. Platz 17, 14, 26. Ferner liefen: Klingsor, Veto, Millander, Steinberger, Tinny, Per Aspera, Seneka, Glattweg.

4. Preis von Siegritz. 20 000 Mk. 4500 Meter. 1. Blumenlese, 2. Sängerin, 3. Dux. Toto für Sieg: 67. Platz 19, 15. Ferner liefen: Onix, Sieg.

5. Dresdener Ausgleich. 15 000 Mk. 1200 Meter. 1. Harew, 2. Oblate, 3. Defizit. Toto für Sieg: 97. Platz 3[illegible] 29, 18. Ferner liefen: Milton, Magier, Döberitz, Heidelerche, Despotie, Hüteger, Fritzi, Fiders Traum, Carmen, Mairiegen, Dynastie, Goldmöve, Fafner.

6. Preis vom Altmarkt. Ehrenpreis und 8000 Mark. 3500 Meter. 1. Freiberg, 2. Selei, 3. Geschüte. Toto für Sieg: 41. Platz 20, 22. Ferner liefen: Lady Beryk, Baby, Longinus.

Rennen zu Magdeburg

Die Regierung hat den Totalisator in Magdeburg verboten.

—**Neue Stadionpläne.** Der Magistrat Bielefeld hat das Gelände und die Anlage des Ravensberger Rennvereins im nahe gelegenen Quelle gepachtet, um die Anlage zu einem Stadion auszubauen. In Aachen haben sich die Turn- und Sportvereine zu einer Gemeinschaft unter dem Vorsitz des Direktors der städtischen Schwimmhalle Klein zusammengeschlossen. Als erster Plan wurde die Errichtung eines Stadions mit Radrennbahn und Schwimmbahn ins Auge gefaßt.

— **Die Lehrkurse 1920 des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen** sollen über das ganze Deutsche Reich ausgedehnt werden. Ein vorläufiger Entwurf des Generalsekretärs Diem sieht je einen vierzehntägigen Lehrgang für das nächste Jahr in Kassel, Koblenz, Köln, Dortmund, Münster, Hannover, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Kiel, Münster, Nürnberg, Würzburg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt a. M., Erfurt, Halle, Magdeburg, Leipzig, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Breslau, Frankfurt a. d. O., Stettin, Stolp, Danzig, Königsberg vor. Die Lehrkräfte sollen teils als Wanderlehrer vom Reichsausschuß gestellt, teils an Ort und Stelle gewonnen werden. Außer diesen 30 Lehrgängen, die sich von Mitte Mai bis Ende September erstrecken, sind wieder 10 Stadionlehrkurse geplant. Eine Aenderung in der Ortswahl ist noch möglich; Wünsche sind an das Generalsekretariat des D. R. A., Berlin, Schadowstr. 8, einzureichen.

— **Und wir? Was tun wir für unsere Fliegerhelden?** Zum Zweck der Ehrung des Gedächtnisses für den französischen Fliegerhauptmann Guynemer, gestorben auf dem Felde der Ehre am 11. September 1917, fand eine Parade aller Flugkampfformationen am 11. September statt. Bei derselben gelangte der Text der letzten ehrenden Erwähnung Hauptmann Guynemers im Armeetagesbefehl vor der Front der Truppen zur Verlesung.

Im nächsten Monat jährt sich der Todestag unseres Fliegerhauptmanns Boelcke. Auch für uns geziemt es sich, an diesem Tage Boelcke und alle unsere Fliegertoten zu ehren. Sei es durch Schaffung eines Denkmals für alle auf dem Felde der Ehre (das ist auch der Flugplatz) gefallenen Flieger, Luftschiffer, Beobachter, oder durch Sammlung von Mitteln für die Lebenden, jetzt aus der Gefangenschaft zurückkehrenden, an Körper und Seele schwer kranken Angehörigen der Flieger- und Luftschiffertruppen.

— **Die Passagierfahrten Berlin—Friedrichshafen** und zurück sowie die Rundfahrten der Delag über Berlin und Umgebung erfreuen sich regsten Zuspruchs. Schon auf eine Woche hinaus sind alle Plätze belegt. So erfreulich dies an sich ist, sollte auf alle Fälle eine Möglichkeit geschaffen werden, bei nachgewiesener Dringlichkeit Passagiere auch noch im letzten Augenblick annehmen zu können. Denn gerade für dringede Fälle ist ja eine Platzbestellung acht Tage vorher ganz ausgeschlossen.

— **Ein 1500 PS.-Riesenflugzeug auf der Leipziger Herbstmesse.** Bei einer großen Flugzeugschau, welche die Automobil- und Aviatik-A.-G., die Germania-Flugzeugwerke und die Luftschiffhafen- und Flugplatz-A.-G. in Leipzig-Mockau gemeinsam veranstalten, soll neben allen Arten von Verkehrs-, Post- und Sportflugzeugen auch ein Aviatik-Riesenflugzeug mit geschlossener Kabine für 18 Personen und vier 250 PS.-Motoren gezeigt werden, das größte bisher erbaute Verkehrsflugzeug; außerdem wahrscheinlich aber auch das 1500-PS.-Riesenflugzeug derselben Firma, das mit zwei 220 PS.-Motoren auf Zugpropeller und zwei 530 PS.-Motoren auf Druckpropeller arbeitet.

Halle und Umgebung

Halle, 15 September.

— **Hochschulkursus.** Der für Montag bis Freitag (15. bis 19. September) geplante Hochschulkursus von Prof. D. Dr. Feine wird allem Anschein nach stark besucht werden. Der bisherige Verkauf von Teilnehmerkarten (2 Mark) hat Veranlassung gegeben, dafür statt des in Aussicht genommenen großen Hörsaales die sofort freundlichst zur Verfügung gestellte Aula der Universität zu wählen. Die Vorträge behandeln das Thema: „Die Bibel und der moderne Mensch“ und beginnen jedesmal punkt 6 Uhr. Für den Besuch von einzelnen Vorträgen werden auch Karten zu je 1 Mark ausgegeben und sind am Einang zu haben. Es zeigt sich auch hier in Halle ein lebhaftes Bedürfnis, in die Geheimnisse des uralten und doch ewig neuen Buches einzudringen, das seine Schönheit und einzigartige Kraft denen enthüllt, die mit redlichem Willen seine Schüler werden.

— **Einführung des Zweiklassensystems bei der Eisenbahn.** Zurzeit schwebn Verhandlungen im Eisenbahnministerium, die dahin gehen, die 1. und 4. Wagenklasse in Fortfall zu bringen und dafür zwei Wagenklassen (eine Polster- und eine Holzklasse) zur Einführung zu bringen. Die Verwirklichung dieser Idee stößt aber auf größere Schwierigkeiten. Voraussetzung ist eine vollständige neue Tarifreform, die umfangreiche Vorarbeiten erfordert, und eine Hebung der Arbeitskraft der Wagenbaustätten und der Eisenbahnwagenreparaturwerkstätten. Vorläufig kann an einen Umbau der Wagen nicht gedacht werden, so lange die Reparaturwerkstätten mit der Herstellung des alten reparaturbedürftigen Wagenmaterials beschäftigt sind. Bedingung ist auch, daß alle anderen Staatsbahnen des Reiches zum Zweiklassensystem übergehen. Verhandlungen darüber sind noch nicht eingeleitet. Vielleicht wird die Frage auch erst gelöst werden, wenn das Reich alle Eisenbahnen übernommen hat.

— **Die Umwandlung der Bezirkskommandos in Wehrämter** wird in Preußen in nächster Zeit erfolgen. Durchschnittlich erhält jeder Bezirk einer Reichswehrbrigade ein Wehramt.

— **Die Reichsgemüsestelle** hat die für Erbsen, Bohnen und Kohlrabi geltenden Höchstpreise mit Wirkung vom 9. September 1919 ab aufgehoben.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909151-17/fragment/page=0004